

1. Rede Fridays for Future

Hi!

Ich bin Nele, 17 Jahre alt und seit mehr als drei Jahren bei Fridays for Future aktiv. Danke, dass ihr heute - zu unserem elften globalen Klimastreik - wieder alle hier seid!

Wir erleben Dürresommer an Dürresommer, Fluten in Pakistan und im Ahrtal, Waldbrände in Kalifornien, dem Amazonas, in Brandenburg und im Harz. Gleichzeitig herrscht seit einem halben Jahr Krieg in der Ukraine. Deutschland und viele andere Länder sind mit einer Energiekrise und Inflation konfrontiert.

Ganz ehrlich, eigentlich haben wir doch andere Probleme, als schon wieder für bessere Klimapolitik auf die Straße zu gehen... Oder?

Wir beobachten, dass sich Krisen zuspitzen. Projekte wie neue Autobahnen oder LNG-Terminals und eine verschleppte Verkehrswende verschärfen die Klimakrise.

Deutschland kauft immer noch Gas aus Russland und anderen Ländern. Alles wird teurer und auch die Coronapandemie ist längst nicht vorbei. Menschen wissen nicht, wie sie sich im Winter Miete, Heizen und Essen zusammen leisten sollen.

Als "Lösung" will die Ampel den Kohleausstieg noch weiter verzögern und Atomkraftwerke länger laufen lassen. Vor Borkum soll nach Gas gebohrt werden. 100 Milliarden für die Bundeswehr sind kein Problem, aber das 9€-Ticket fortzusetzen ist nicht drin.

Die Lage eskaliert und Regierungen versagen. Erfolge, die wir in den letzten drei Jahren erkämpft haben, will die Ampel rückgängig machen. Niemand schafft es, Klima und Soziales zusammenzubringen, obwohl es unmittelbar zusammengehört.

Deshalb fordern wir 100 Milliarden für Klima und Sicherheit. Was damit finanziert werden könnte?

Ein nie dagewesener Ausbau erneuerbarer Energien. Attraktive Ausbildungsmöglichkeiten gegen den Fachkräftemangel. Eine Fortsetzung des 9€-Tickets. Eine Energiegrundversorgung für alle Menschen, damit im Winter niemand frieren muss.

Ausgleichszahlungen und Schuldenerlass für die Länder, die heute schon extrem unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Kurz gesagt: Mit 100 Milliarden Euro könnte Deutschland bis 2035 klimaneutral sein.

Und da hören wir nicht auf. Vor fast genau einem Jahr standen wir hier, kurz vor der Bundestagswahl. Mit der leisen Hoffnung, dass eine neue Bundesregierung endlich wirksame Klimapolitik machen würde. Dass wir eine "Zeitenwende" erleben könnten.

In knapp zwei Wochen ist Landtagswahl. Wir wissen, dass eine neue Regierung uns nicht retten wird. Klimagerechtigkeit bleibt Handarbeit. Aber wir wissen, dass wir eine neue Regierung dazu bringen können zu handeln.

Wir können die Veränderung selbst in die Hand nehmen. Im August haben wir in Braunschweig 20 Menschen zu Hilfskräften für die Installation von Photovoltaikanlagen ausgebildet. Seit 2019 haben wir die Klimakrise in den

öffentlichen Diskurs gebracht und politische Maßnahmen wie das (unzureichende) Klimapaket und den Kohleausstieg überhaupt erst möglich gemacht.

Regierungen können sich entscheiden, Politik für Menschen zu machen statt für Konzerne. Sie können sozial gerechte Politik machen, die gleichzeitig das Klima schützt. Sie können sich für Klimagerechtigkeit entscheiden. Aber dafür braucht es uns.

Wir streiken heute in mehr als 240 Städten in Deutschland und so vielen weiteren auf der ganzen Welt. Am 07. Oktober, zwei Tage vor der Wahl, werden wir in ganz Niedersachsen streiken. Und auch nach der Wahl machen wir weiter. Weil wir wissen, dass so viel möglich ist. Und weil wir es zur Realität machen werden.

We are unstoppable, another world is possible!

2. Rede Parents for Future

Hallo ich bin Ina von den Parents for Future Braunschweig.

Ich möchte heute über ein paar Punkte sprechen, die vermutlich die allermeisten von uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten für selbstverständlich gehalten haben:

Über ausreichend Trinkwasser, über eine ausreichende Lebensmittelversorgung und über den Schutz unserer Gesundheit.

Vielleicht waren einige von Euch schon einmal in einem Land, in dem diese Dinge nicht so selbstverständlich sind, wie bei uns. Dann ahnt ihr wahrscheinlich, in was für einem Luxus wir bisher leben.

Die aktuelle Klima-Bilanz des Regionalverbandes Braunschweig-Wolfsburg fällt ziemlich ernüchternd aus. In den letzten zehn Jahren hat die Region 6% der Treibhausgasemissionen reduziert und 7% des Energieverbrauchs. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Und die wenigen Fortschritte, die es im Energie-Bereich zu verzeichnen gibt, werden von dem Bereich Verkehr wieder zunichte gemacht. Im Straßenverkehr stieg der Energieverbrauch in unserer Region sogar um 4%.

Wie kann das sein, dass es in den letzten Jahren trotz aller Warnungen keine messbare Veränderung im Mobilitätsverhalten gab?

Wie kann das sein?

Ich denke, es sind zwei Dinge, die uns fehlen:

- Ein wirkliches Umdenken
- Eine ehrliche Kommunikation

Umdenken

Da wird, trotz des unfassbaren Erfolges des 9-Euro-Tickets, diskutiert, ob wir uns dessen Nachfolge leisten können.

Manchmal denke ich darüber nach, die nächste Fahrt mit den Kindern in die Stadt mit dem Fahrrad zu erledigen: Wie einfach könnte das sein, wenn dieses asphaltierte Ding überall für die Radfahrer da wäre und eben nicht absolut selbstverständlich für Autos.

Als in Kopenhagen ein großer Teil der Straßen in Fahrradwege umgewandelt wurde, sagte der Bürgermeister dazu: Seit das so ist, nutzen die Menschen viel mehr das Fahrrad, sie nutzen das, wofür Platz vorhanden ist. So einfach ist das!

Zum Thema Umdenken fällt mir auch das Klimaschutzkonzept ein: Da haben kompetente Menschen berechnet was notwendig ist um unsere Stadt klimaneutral werden zu lassen. Die Herausforderung ist riesig! Die bevorstehenden Maßnahmen gehen weit über die bisherigen Grenzen dessen was bisher üblich war. Auch hier ist in vielen Punkten ein Umdenken notwendig.

Ehrliche Kommunikation

Da wird an vielen Stellen immer noch darüber diskutiert, ob wir uns Klimaschutzmaßnahmen überhaupt leisten können.

Die Frage ist doch: Können wir uns einen hoch subventionierten und von uns allen mitfinanzierten Individualverkehr leisten, der das Klima weiter anheizt?

Aber um Veränderung zu erreichen, müssen wir auch viel mehr mit Menschen ins Gespräch kommen und deren Sorgen und Bedürfnisse ernst nehmen.

Dazu brauchen wir eine viel größere Öffentlichkeitsarbeit. Wir alle, die wir hier stehen, wir wissen warum das alles wichtig ist und was auf dem Spiel steht. Aber viel zu viele Menschen wissen das noch nicht und denken, dass Klimaschutz ein Luxus ist auf den wir verzichten können.

Und das wäre auch meine Bitte an die Stadtverwaltung: Sprecht nicht nur mit den Menschen, die sich ohnehin schon Gedanken machen und engagieren. Tragt das Thema in die Öffentlichkeit, sagt ehrlich, was dringend gemacht werden muss.

Ein Nachhaltigkeitszentrum mitten in der Stadt ist dafür ein wichtiger Schritt.

Und diese Themen müssen endlich auch einen festen Platz an Schulen und in den Kindergärten bekommen! Sprecht mit den Kindern und Jugendlichen. Sie wissen doch sowieso sehr gut Bescheid und machen sich Sorgen. Das müssen wir auffangen und dem müssen wir mit Lösungen begegnen.

Seid ehrlich! Ich weiß, das erfordert Mut.

Aber wir alle, Menschen in der Politik, in der Verwaltung, wir Eltern, Großeltern, Lehrerinnen und Lehrer, wir alle tragen Verantwortung. Ob wir das wollen oder nicht.

Unser Wohlergehen hängt nicht davon ab, dass VW in den nächsten zwanzig Jahren noch Millionen von Autos auf den Markt bringt. - Es gibt andere Jobs!

Unser Wohlergehen hängt davon ab, ob unsere Kinder auch in 20 Jahren noch ausreichend Wasser, ausreichend Nahrung haben und ob ihre Gesundheit durch Hitze bedroht ist, oder nicht.

Aber der Mensch ist nicht von Natur aus auf Zerstörung und Ausbeutung aus. Menschen sind fürsorgliche, verantwortungsbewusste und soziale Wesen.

Auf dieses Potential müssen wir uns besinnen und endlich Verantwortung übernehmen. Die Herausforderung ist riesig, nur gemeinsam können die großen globalen Probleme lösen.

Und wir werden nicht aufhören uns dafür einzusetzen: Für unsere Kinder und für die künftigen Generationen.

3. Rede Students for Future

Liebe Freundin*innen,

ich bin Steffen von den Students for Future Braunschweig und ich bin jetzt seit ca. 5 Jahren auf verschiedene Art und Weisen politisch aktiv, davon seit 2 Jahren bei den Students For Future. Anfangen möchte ich, einfach mal mit zwei Zitate, denn was wäre ein Studierender, der nicht erstmal vernünftig zitiert:

Erste Zitat:

„Unsere gegenwärtige Situation ist so verwickelt und so sehr Ergebnis vielfältiger menschlicher Bestrebungen, dass keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Maßnahmen eine wesentliche Besserung bewirken kann. Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände hinführen“.

Zweites Zitat:

„Wir sehen den Weg zur CO2-neutralen Welt als große Chance für den Industriestandort Deutschland. Neue Geschäftsmodelle und Technologien können klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit schaffen“

Das zweite Zitat stammt aus dem Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung, also aus dem Jahr 2021. Das erste Zitat stammt aus dem ersten Bericht des Club of Rome, also aus dem Jahr 1972. Wenn ich mir die beiden Zitate so anschau, frage ich mich echt immer wieder, ob uns die Politik und die Wirtschaft dieses Landes eigentlich verarschen wollen? Der Club of Rome hat bereits vor genau 50 Jahren festgestellt, dass Wachstum und Ressourcenschutz nicht kombinierbar sind. In diesen 50 Jahren haben hunderte von Studien diese Beobachtung bestätigt und was fällt unserer Regierung ein? Sie macht „Grünes Wachstum“ zum Kernelement ihrer absolut verfehlten Klima- und Umweltpolitik.

Grünes Wachstum heißt nichts anderes, als dass wir die Probleme, die das Wachstum in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten verursacht hat, durch Wachstum lösen wollen. Was eine brillante Idee!

Der Wissenschaftler Timothee Parrique hat deswegen die Studien aus dem neusten IPCC, die sich für grünes Wachstum bzw. Entkopplung aussprechen, untersucht und zusammengefasst: 3 Studien kommen zu dem Ergebnis, dass grünes Wachstum nur kurzfristig und auf nationaler Ebene möglich ist. 2 Studien sagen, dass es nicht möglich ist. 2 beschäftigen sich nicht mit der Thematik, eine ist uneindeutig und einige gehen von einem einheitlichen globalen Kohlenstoffpreis aus. In seiner Studie kommt Timothee Parrique deswegen zu dem Ergebnis, dass die Beweise, das grünes Wachstum funktionieren kann „unzureichend, weithergeholt und irreführend“, sind.

Grünes Wachstum ist also nichts als ein längst widerlegter Mythos! Effizienter und langfristiger Klima- und Umweltschutz kann nicht innerhalb des kapitalistischen Systems erfolgen! Das wusste der Club of Rome schon vor 50 Jahren, das wissen die Wissenschaftler*innen von heute und das wissen auch alle aus der Klimabewegung,

die sich mit dem Thema beschäftigen. Die einzigen, die es einfach nicht wissen wollen, sind die Politik*innen und die Konzerne in Deutschland und auf dieser Welt! Statt grünem Wachstum brauchen wir endlich fundamentale Veränderungen auf dieser Welt und in Deutschland!

Wir brauchen endlich Politiker*innen und einen Staat, die aufhören, der Lüge vom grünen Wachstum hinterher zu rennen. Was wir brauchen ist ein Staat, der endlich die Reichen dieses Landes verpflichtet ihren solidarischen Beitrag zu leisten. Was wir brauchen ist ein Finanzminister, der endlich mal versteht, dass das Geld was er nicht ausgibt, den nächsten Generationen vielmehr schadet, als alle Schulden, die er machen könnten. Was wir brauchen ist ein Staat, der Unternehmen, die seit Jahren Öl- und Gas aus einer Diktatur beziehen, oder deren Geschäftsmodelle darauf basieren, möglichst günstig Flüge von Berlin nach München anzubieten, nicht länger mit dem Geld der Menschen aus diesem Land rettet. Wir brauchen einen Staat, der endlich klarstellt: Nicht nur Verluste werden sozialisiert, sondern auch Gewinne und der die Unternehmen zurück in die Hände der Menschen gibt, die in ihnen arbeiten. Für all das brauchen wir Politiker*innen, die keine Fähnchen im Wind der Industrie und Wirtschaft sind, sondern die ökologischen und sozialen Belange, vor den ökonomischen Wahn setzen.

Liebe Freund*innen, vielen Dank, dass ihr heute alle hier seid, denn all diese Veränderungen werden die Politik und auch die Wirtschaft nicht einfach so umsetzen. Es liegt vielmehr an uns, der Gesellschaft, Tag für Tag dafür einzustehen und dafür zu kämpfen, denn die Klimakrise werden wir nur außerhalb dieses Systems bewältigen können. Ich wünsche euch weiterhin eine wunderschöne Demo, stay strong and fuck the system.

4. Rede Scientist for Future

Von Felix Büsching

Liebe FFF, liebe Mitmenschen!

Wir erleben gerade eine kleinere Krise: Im Osten Europas herrscht Krieg – das ist in erster Linie schlimm für die direkt betroffenen Menschen: Ihr Leid ist mit nichts zu vergleichen, was wir in unserer „heilen Welt“ kennen.

Aber auch hier bekommen wir die Auswirkungen des Krieges und der damit verbundenen Sanktionen zu spüren – in sehr abgeschwächter Form, nämlich in Form von steigenden Energiepreisen und drohenden Engpässen in der Energieversorgung. Das ist aber in keinsten Weise mit dem zu vergleichen, was die Menschen in Teilen der Ukraine gerade durchmachen!

Und trotzdem: Die richtige, die große Krise ist deshalb nicht vorbei – sie kommt gerade erst in Fahrt: Im Gegensatz zur aktuellen Energie-Krise ist Klimakrise ein alter Hut.

Seit Jahrzehnten wissen wir vom Treibhauseffekt und vom menschlichen Einfluss auf das Klima.

In den 1980er Jahren kam das erste Mal die Forderung nach einer Energiewende auf, insbesondere, um die fossilen und nuklearen Energieträger zu ersetzen: Man wusste schon damals, dass die Emissionen zum Treibhauseffekt beitragen und, dass die Rohstoffe, die da fröhlich verfeuert werden, endlich sind.

Energiewende hieß schon damals: Strom, Wärme und Mobilität sollen in Zukunft durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden. 1 9 8 0!

Also, hin zu erneuerbaren Energien. Und was haben wir nicht tolles erforscht und entwickelt: Photovoltaik – da waren Deutschland sogar mal Weltmarktführer.

Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, ... alles da, funktioniert.

Aktuellere Themen sind intelligente Stromnetze, neue Speichertechnologien und die Sektorenkopplung mit Power-2-Gas oder Power-to-Heat und natürlich die Einbindung und Nutzung der Elektromobilität.

Auch hier sind Wissenschaft und Forschung schon sehr weit: Es gibt die Konzepte und es gibt die Technologien!

Einzig an der konkreten Umsetzung hapert es:

Die Energiewende wurde in der Vergangenheit oft schlichtweg nicht gewollt! Natürlich gibt es da Interessenlagen, die auch verständlich sind:

Wenn mir die Gesellschaft jahrzehntelang den Bau von Kraftwerken, die Brennstoffförderung, die Endlagerung und die Folgeschäden subventioniert, würde ich mich auch beschweren, wenn das plötzlich aufhören soll.

Ich weiß eigentlich gar nicht, warum ich nun schon wieder hier stehen muss. Ihr seid hier, ihr habt es begriffen, euch muss ich nichts zum Stand der Wissenschaft erzählen, was den Klimawandel und seine Folgen angeht.

Auch über die Richtung und Möglichkeiten der Bekämpfung ist sich die Wissenschaft weitgehend einig und auch das wisst ihr, die ihr hier alle steht, schon lange!

Und über die Herausforderungen einer Energiewende wisst ihr auch bestens Bescheid

Flugtaxi und Wasserstoffwirtschaft gehören nicht dazu – zumindest nicht kurzfristig. Wer ernsthaft über Flugtaxi nachdenkt, hätte in Physik besser aufpassen müssen. Komischerweise sind das oft genau dieselben Leute, die euch vorwerfen, ihr solltet besser zur Schule gehen, als hier zu demonstrieren... strange...

E-Fuels sind übrigens auch keine Lösung - sondern Teil des Problems; zumindest wenn man den individuellen Kraftverkehr betrachtet. Wer eine Verkehrs- und Energiewende hinbekommen will – nein: hinbekommen muss, kann sich nicht mit so einem Quatsch aufhalten.

20% - 25% ist die Effizienz eines Verbrennungsmotors im Straßenverkehr. D.H. bis zu 80% der eingesetzten Energie geht sinnlos als Abwärme verloren. Es ist zwar schon beachtliche Ingenieurskunst, aus einer Antriebsart, die für die Fortbewegung einigermaßen ungeeignet ist, so viel rauszuholen. Na klar, da stecken viele Jahrzehnte an Entwicklung drin – die will man nicht so einfach aufgeben,... aber 20%?! Das wird auch der Wirkungsgrad sein, der mit E-Fuels erzielt werden kann. Einen so geringen Wirkungsgrad werden wir uns in Zukunft einfach nicht mehr leisten können! Egal, ob der Energieträger fossil oder „nachhaltig“ ist.

Aber, alle Lösungen sind nicht umsonst. Sie werden von allen etwas abverlangen – von manchen mehr, von manchen weniger. Denn, es wird sich einiges ändern müssen: wie wir wohnen, wie wir uns fortbewegen, wie wir uns ernähren, wie wir wirtschaften, - wie wir leben. Das ist eine Mamut-Aufgabe!

Geld, was wir heute nicht in den Umbau, in die Transformation hin zu einer Klimaneutralen Gesellschaft stecken, müssen wir in der Zukunft zig-fach in die Beseitigung von Klimafolgeschäden stecken.

Es gibt einige – durchaus starke– Kräfte, die das nicht wahrhaben wollen. Die wollen so lange wie möglich am Status quo festhalten und weitermachen, weil sie oder ihre Parteispender daran gut verdienen. Die schreiben dann sowas wie „kreative Lösungen“, „keine Verbote“ und „keine Steuererhöhungen“ auf ihre Plakate und in ihre Programme.

Wir brauchen aber keine „kreativen Lösungen“ in der Zukunft und wir brauchen auch nicht „keine Verbote“. Im Gegenteil: Die Lösungen sind lange publiziert und frei zugänglich, man muss sie nur jetzt endlich umsetzen.

Und, wir brauchen klare Regeln für alle und wir brauchen natürlich auch Verbote von klimaschädlichen Verhaltensweisen, Industrien und Produkten. Das kann der Markt nicht regeln – das müssen wir, das muss die Politik regeln!

Wer in seinem Wahlprogramm ernsthaft behauptet, der Markt würde das mit dem Klimaschutz schon regeln, der ist entweder sehr sehr naiv – (um nicht zu sagen dumm) - oder sehr sehr verlogen.

Und die Verbraucherinnen und Verbraucher können und wollen nicht allein entscheiden, was gut für sie und gut für das Klima ist. Ich will z.B. auch keine Produkte kaufen dürfen, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden! Ich möchte nicht vor jedem Sockenkauf recherchieren müssen, ob und wie nachhaltig diese Socken produziert wurden, und ob sie vielleicht von Kinderhänden genäht wurden. Im Gegenteil: Es sollte mir schlicht nicht möglich sein, ja, es sollte mir verboten sein, Kleidung zu kaufen, bei deren Herstellung irgendwo Kinder ausgebeutet wurden.

Genauso verhält es sich auch mit der Klimaverträglichkeit. Nicht ich als Verbraucher sollte mir darüber Gedanken machen müssen, wie und ob mein geplanter Konsum das Klima schädigt, sondern das sollen bitte bitte andere für mich machen. Und, Achtung Spoiler: das haben schon ganz viele gemacht. Und wenn ich deshalb dann kein abgepacktes Trinkwasser aus Frankreich oder Italien im Rewe kaufen kann, dann ist das eben so. Dinge ändern sich. Dinge müssen sich ändern!

Ihr seid die Generation, der während der Pandemie am meisten abverlangt wurde. Ihr seid die Generation, die am meisten unter dem fortschreitenden Klimawandel leiden wird!

Wir haben hier in Niedersachsen demnächst die Landtagswahl, dummerweise seid ihr in der Minderheit. Die über 60-jährigen werden diese Wahl entscheiden, sie sind einfach mehr! Aber genau das muss jetzt die Aufgabe, von euch, ja von uns allen sein, diesen Menschen zu sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir dürfen in der aktuellen Energie-Knappheit als Gesellschaft nicht in alte Muster zurückfallen: Um möglichst nichts an unserem Verhalten ändern zu müssen, fahren wir alte Kraftwerke wieder hoch und lassen die Kernkraftwerke länger laufen. Das ist Quatsch.

Wir können – nein, wir müssen die aktuellen Energieengpässe als Chance sehen, um schneller zu werden, um besser zu werden, bei der Umsetzung der Energiewende... Koste es was es wolle!

Denn: Geld ist ja da: Wir sind eines der reichsten Länder dieser Erde. Wenn wir das nicht hinkriegen, wer dann? Okay, zugegeben, der Reichtum ist einigermaßen blöd verteilt. Wir haben auch in der Corona-Pandemie gesehen, dass das obere % immer reicher wurde, während der Rest sich immer weniger teilen muss.

Aber auch dazu gibt es Mittel und Wege: Angefangen beim Wegfall des Dienstwagenprivilegs, über eine Kerosinsteuer, bis hin zu Vermögens- und Übergewinnsteuer. Wir können als Gesellschaft plötzlich zu einer Menge Geld kommen, dass man dann sinnvoll, ja nachhaltig einsetzen kann. Man muss es nur wollen.

Leider sind die erbärmlichen, ja fast schon grotesken Versuche einer Splitterpartei, echte Fortschritte im Bereich Verkehrs- und Energiewende zu verhindern immer wieder erfolgreich.

Aber, glauben die denn wirklich, dass ihre Großspender noch Gewinne machen, wenn die Straßen durch Starkwetterereignisse weggespült sind und die Menschen in diesem Land, nein, auf der ganzen Welt, viel grundsätzlichere Probleme haben, als die Entscheidung, welchen Sportwagen sie denn als nächstes kaufen?

Ich möchte an dieser Stelle keine Wahlempfehlung für die kommende Landtagswahl hier in Niedersachsen aussprechen – aber wenn ich eine Bitte äußern darf: Könnten wir vielleicht alle versuchen, die FDP aus dem Landtag zu halten?

5. Rede Seebrücke

Hallo ihr alle,

wir sind Elisa und Vanessa und sind heute für die Seebrücke Braunschweig hier. Wir möchten heute über die Themen Flucht und Klimakrise reden.

Falls ihr die Seebrücke noch nicht kennt, hier erstmal ein paar Infos, was wir so machen und wer wir sind: Die Seebrücke hat sich 2018 gegründet und versteht sich als Bewegung aus der Zivilgesellschaft.

Wir setzen uns für sichere und legale Fluchtwege ein und für ein sicheres Ankommen und Bleiben von Geflüchteten, z.B. hier in Braunschweig!

Wir kämpfen gegen das Sterben im Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten (z.B. die Balkanroute) und gegen die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen!

Wir verurteilen die Abschottung der Festung Europa und fordern stattdessen ein solidarisches Europa, in dem Geflüchtete willkommen geheißen, statt diskriminiert und kriminalisiert werden!

Euch, die heute hier stehen, ist es sicherlich schon klar, aber um es am Anfang nochmal zu betonen: Die Klimakrise ist kein abstraktes Problem der Zukunft. Für Millionen von Menschen findet die Klimakatastrophe genau jetzt bzw. bereits seit Jahren statt! Geschätzt dreiviertel der Millionen Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, fliehen vor den Folgen des Klimawandels. (Und by the way: nur ein Bruchteil davon versucht, in die Länder des globalen Nordens zu kommen.).

Der Klimawandel wird auch zukünftig die Lebensbedingungen von Menschen verschlechtern, Konflikte hervorrufen und Menschen dazu zwingen ihren Wohnort zu verlassen.

Flucht- und Migrationsbewegungen werden wachsen. Angesichts dieser Entwicklungen fordern wir die EU sowohl ihre Klimapolitik als auch ihre Asylpolitik massiv verändern! Und dafür müssen wir laut sein. Wir müssen klare Position beziehen wenn es um die Klimakrise geht! Und wir müssen klare Position beziehen wenn es um die Anerkennung der Klimakatastrophe als Fluchtursache geht!

Wir müssen laut sein für die Aufnahme von flüchtenden Menschen!

Unsere Kämpfe für Klimaschutz und die Aufnahme von flüchtenden Menschen müssen zusammengedacht werden!

Leere Versprechen zur Bekämpfung von Klimawandel sind hinfällig, solange europäische Politiker*innen und Institutionen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt weiter vorantreiben und neokoloniale Wirtschaftsverhältnisse aufrechterhalten. Klimagerechtigkeit ist und bleibt eine Forderung nach globaler Gerechtigkeit, dem Recht auf Schutz und Zukunftsperspektiven.

Was wir wollen ist ein solidarisches Europa, dass sich bereit zeigt, den Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden!

Bis heute sind die Folgen des Klimawandels nicht offiziell als Fluchtursache anerkannt und begründen keinen Anspruch auf Asyl. Das ist kein Zufall. Das ist pure Ignoranz, um den eigenen Wohlstand zu schützen und die Konsequenzen des eigenen Handelns zu ignorieren! Wer durch ausbeuterisches und nur auf Profite ausgerichtetes Wirtschaften Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt, sollte eben diesen Menschen doch zumindest die Option auf eine

neue Heimat geben! Doch Europa kennt nur eine Antwort: Gewalt und Abschottung! Deshalb: Öffnet die Grenzen! Refugees welcome! People not Profit!

Ganz aktuell hören wir in medialer Berichterstattung nur am Rande von massiven Überschwemmungen in Pakistan. Circa ein Drittel des ganzen Landes ist überflutet worden und 33 Millionen Menschen sind von dieser Katastrophe betroffen. Bereits über 1.200 Menschen sind durch die Fluten gestorben.

Manche von euch haben vielleicht auch schon von Hitzewellen in Indien gelesen. Durch die enorme Hitze vertrocknen die Äcker und die Stromversorgung bricht zusammen.

Und das sind nur 2 Beispiele aus diesem Jahr, in denen Menschen in Ländern des globalen Südens, massiv unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Wie ihr vermutlich bereits wisst: Die Menschen, die die Konsequenzen des kapitalistischen Wachstumsgedankens und dem alleinigen Fokus auf Profitmaximierung tragen

müssen, sind nicht diejenigen, die den größten Beitrag zu den globalen Emissionen und der Zerstörung unserer Umwelt leisten. Pakistan ist beispielsweise aufgrund seiner Geografie eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder weltweit, auch wenn es selbst nur ca. 1% der globalen Treibhausgasemissionen jährlich produziert.

Industrienationen wie z.B. Deutschland haben über Jahrhunderte hinweg dazu beigetragen, dass Länder im globalen Süden systematisch ihrer Rohstoffe beraubt, unterdrückt und in Abhängigkeiten getrieben wurden und immernoch werden. Gleichzeitig wird durch

immer weiter steigende Emissionen dafür sorgt, dass ganze Landstriche unbewohnbar werden. Trotz dieser klaren Verantwortung der Industrienationen an der massiven Zerstörung der Umwelt und dem damit verbundenen Leid von Millionen Menschen, leistet Deutschland nun noch nicht einmal einen Beitrag dazu, Menschen auf der Flucht einen sicheren Ankunftsort zu geben.

Das Gegenteil ist der Fall.

Deutschland und die EU tragen nicht nur dazu bei, dass immer mehr Menschen aus ihrem zu Hause vertrieben werden, sondern sie sorgen auch noch dafür, dass die Fluchttrouten, die Menschen gezwungen sind zu nehmen, unfassbar gefährlich und in vielen Fällen sogar tödlich sind. Wir werden jetzt darüber reden, wie die rassistische Abschottung an Europas Außengrenzen umgesetzt und unter anderem durch die deutsche Bundesregierung aktiv immer weiter verschärft wird.

Menschen auf der Flucht müssen beispielsweise nicht "nur" in seeuntaugliche Schlauchboote das Mittelmeer überqueren oder sich auf der Balkanroute oftmals

tagelang zu Fuß durch Wälder und Flüsse kämpfen. Sie werden außerdem von nationalen Grenz "schutz" beamt*innen bedroht, zurückgedrängt und erfahren dabei massive Gewalt. Auch die EU- Grenz"schutz"agentur FRONTEX, die von unserer Regierung durch unsere Steuergelder mitfinanziert wird, führt nachweislich gewaltvolle und nicht selten tödliche Pushbacks durch.

Das bedeutet, dass beispielsweise an der bosnisch-kroatischen Grenze den Menschen nicht nur die Weiterreise verwehrt wird, sondern auch, dass sie zusätzlich mit Knüppeln und Pfefferspray attackiert werden. Regelmäßig werden außerdem Menschen, die beispielsweise auf dem Mittelmeer in Richtung einer griechischen Insel treiben, von Grenzschutztruppen auf Booten wieder in Richtung des offenen Meeres abgedrängt werden.

Zu den Push-Backs kommt zusätzlich noch eine sogenannte PULL-BACK Praxis. Hier arbeiten FRONTEX und die sogenannte Lybische Küstenwache zusammen, um zu verhindern, dass Menschen auf der Flucht im südlichen Mittelmeer erst gar nicht die EU erreichen. Abgefangen von der sogenannten lybischen Küstenwache werden die Menschen zurück nach Libyen verschleppt, wo sie unter widrigsten Bedingungen in Lagerhaft genommen werden.

Diese Praxen sind ein absolut menschenverachtendes Vorgehen, das nur dadurch aufrecht erhalten werden kann, dass von Flucht betroffenen Menschen immer wieder als Bedrohung gebrandmarkt werden. Es ist ein Leichtes zu erkennen, dass hier Menschenrechtsverletzungen auf etlichen Ebenen durch die EU praktiziert werden.

Perverserweise sollen Push- und Pullbacks zusätzlich noch die Funktion erfüllen, Menschen, denen ihre Flucht noch bevorsteht, derart abzuschrecken, dass Sie den Versuch nach Europa zu kommen lieber gar nicht erst wagen wollen. Menschen dürfen nicht als Schutzschilde an den Grenzen der Festung Europa, missbraucht werden!

Stattdessen braucht es sichere und legale Fluchtwege! das sofortige Beenden von Push- und Pullbacks! Die Entkriminalisierung von Seenotrettung! Die Abschaffung von FRONTEX!

Als wäre das nicht schlimm genug müssen Menschen in der EU angekommen oftmals jahrelang in menschenunwürdigen Lagern ausharren, in denen ihnen der ausreichende Zugang zu Nahrungsmitteln, Hygieneeinrichtungen und medizinischer Versorgung verwehrt wird.

Auch hier in Deutschland zeichnet sich dieses rassistische System weiter ab, sei das in Sammelunterkünften, in denen es kaum Privatsphäre oder Möglichkeiten eines selbstbestimmten, unabhängigen Lebens gibt, in kaum verständlichen bürokratischen Strukturen oder diskriminierenden Asylgesetzen. Oftmals müssen Menschen noch Jahre nachdem sie in einem sichereren Land angekommen sind Angst haben wieder abgeschoben zu werden.

Erst vor zwei Wochen wurden Menschen im Zuge einer Sammelabschiebung von München nach Islamabad in Pakistan deportiert. Einige der Menschen kommen aus Regionen in Pakistan, die von der Flut komplett zerstört wurden und haben somit vor Ort keinerlei Lebensgrundlage.

Das können wir so nicht hinnehmen! Jede Abschiebung ist eine Abschiebung zu viel!
Wir fordern ein sofortiges Ende aller Abschiebungen!

Dass die Bundesregierung solche Praktiken zulässt, die dafür sorgen, dass Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, auf der Flucht massive Gewalt und Diskriminierung erfahren und ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, ist kein unglücklicher Zufall. Diese Umstände sind ein Symptom desselben durch und durch rassistischen Systems, auf dem auch koloniale Ausbeutung und die Zerstörung von Lebensräumen von indigenen Menschen und Menschen im globalen Süden beruht.

Wir müssen Flucht, neokoloniale und rassistische Strukturen und die Klimakrise immer zusammendenken. Kein Mensch sucht sich aus, wo er geboren wird und die Farbe unserer Pässe darf nicht bestimmen, ob wir uns frei bewegen können oder ob unser Bedürfnis nach Sicherheit, Selbstbestimmung und einem würdevollen Leben gedeckt wird oder nicht.

Genauso wie die deutsche Bundesregierung Diskriminierung und Abschottung nicht nur zulässt sondern aktiv weiter bestärkt, hat sie gezeigt, dass bedingungslose Aufnahme, Bewegungsfreiheit und Solidarität für fliehende Menschen möglich ist, als Russland dieses Jahr den Angriffskrieg gegen die Ukraine startete. Wir fordern sichere und legale Fluchtwege für alle Menschen auf der Flucht! Wir fordern außerdem, dass allen Menschen, die in Deutschland ankommen, ein sicheres Ankommen ermöglicht wird! Und wir fordern Bleiberecht für alle!

Genau das müssen wir immer und immer wieder einfordern und dafür brauchen wir eure Unterstützung. Bringt euch ein, seid laut und wütend. Demonstriert, schreibt Briefe, engagiert euch in aktivistischen Gruppen.

Lasst uns gemeinsam für ein gutes Leben für alle Menschen kämpfen, lasst uns kapitalistische, rassistische und neokoloniale Strukturen aufbrechen, die diese unbeschreiblichen Ungerechtigkeiten die Menschen auf der Flucht erfahren überhaupt möglich machen. People not profit! Leave no one behind!

Hier als letztes noch eine konkrete Möglichkeit, wie ihr uns unterstützen könnt: wie ihr wisst wird am 09.10.22 in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Wir als Seebrücken in Niedersachsen fordern die zukünftige Landesregierung auf, Niedersachsen endlich zu einem Sicheren Hafen für alle Menschen zu machen. Am 01. Oktober 2022 wollen wir unsere Forderungen mit einer zentralen, landesweiten Demo nach Hannover vor den Landtag tragen. Denn solange sich das Bundesland an Frontex-Einsätzen und Abschiebungen beteiligt, Menschen in Abschiebegefängnissen steckt und in Sammellagern zu leben zwingt oder Arbeiter*innen in z.B. Landwirtschaft, Fleischindustrie und Pflegesektor ausbeutet, kann von einem Ort des sicheren Ankommens und Bleibens noch keine Rede sein!

Schließe dich an und zeige gemeinsam mit uns bei einem lauten, ausdrucksstarken und entschlossenen Protest, wie groß die Solidarität in der Zivilgesellschaft ist. Ein Sicherer Hafen Niedersachsen für alle ist möglich! Mit Bewegungsfreiheit und einem selbstbestimmten Leben für alle Menschen, mit gleichberechtigtem Zugang zu Gesundheit, Wohnraum, Bildung und politischer Mitgestaltung.

Die Auftaktkundgebung beginnt um 14 Uhr auf dem Ernst-August-Platz in Hannover. Anschließend wird sich der Demonstrationzug durch die Stadt bewegen. Wir von der

Seebrücke Braunschweig organisieren zusammen mit dem Chaoskollektiv e.V. eine gemeinsame Zugreise. Dafür treffen wir uns 1.10 um 12:40 vor dem Braunschweiger Hauptbahnhof.

Gemeinsam machen wir Niedersachsen zu einem Sicheren Hafen für Alle!

Und falls darüber hinaus Interesse habt bei uns mitzuwirken, dann sprecht uns gerne an. Wir treffen uns alle zwei Wochen und planen gemeinsame Aktionen und freuen uns immer über Unterstützung. Hierfür benötigt ihr gar kein Vorwissen und könnt euch einfach nach euren Kapazitäten einbringen.

Die Seebrücke steht solidarisch an der Seite aller, die für Klimagerechtigkeit kämpfen. Der Kampf für globale Klimagerechtigkeit ist ein Kampf für Menschenrechte für alle! Denn Menschenrechte sind nicht verhandelbar!

Wir fordern die Folgen der Klimakrise als Fluchtursache anzuerkennen und Menschen, die aufgrund von Klimakatastrophen fliehen, Schutz zu gewähren.

Wir setzen dem Europa der Abschottung, dem Europa von Frontex und EU-Türkei-Deals unsere Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft entgegen.